

Nein zur Verarmungsinitiative

Auswirkungen auf die Preise

Der Bundesrat, der ebenfalls die Ablehnung der Initiative empfiehlt, stützt sich insbesondere auf eine vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) in Auftrag gegebene [Studie](#) aus dem Jahr 2022. In dieser wird der Reduktionsbedarf der Schweiz bei der Gesamtumweltbelastung auf 67 Prozent geschätzt. Das bedeutet, dass die Schweizerinnen und Schweizer ihren Konsum **um den Faktor 3 reduzieren müssten!**

In seiner [Strategie für nachhaltige Entwicklung 2030](#) definiert der Bundesrat drei Prioritäten für eine nachhaltige Schweiz: 1) Klima, Energie und Biodiversität, 2) nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, 3) Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt. Die Verarmungsinitiative gefährdet zwei dieser drei Säulen: Die Folgen wären für die Bevölkerung und die Wirtschaft zu schwerwiegend und laufen dem Prinzip der Nachhaltigkeit zuwider.

Da die Initianten keine konkreten Umsetzungsmaßnahmen vorgelegt haben, ist es derzeit nicht möglich, den Preisanstieg genau zu beziffern. Diese Lücken im Initiativtext machen eine genaue Berechnung unmöglich. Eines ist sicher: Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Initiative **unverhältnismäßig hohe Kosten** für Wirtschaft und Gesellschaft verursachen wird¹. Er warnt ausdrücklich vor den Vorschriften, Verboten und Anreizen, die durch die Initiative entstehen würden. Die Produzenten sind bei Annahme direkt betroffen, was sich unweigerlich in höheren Preisen für die Verbraucher niederschlagen würde.

Am stärksten von der Initiative betroffen sind die Bereiche **Ernährung, Wohnen und Mobilität**. Die ersten beiden verursachen jeweils 25 Prozent der Umweltbelastung. Private Mobilität ist für 14 Prozent verantwortlich².

1) Unverarbeitete Lebensmittel (Obst, Gemüse, Eier usw.)

Der Agrar- und Ernährungssektor hat in der Produktion, Verarbeitung, dem Transport, der Lagerung usw. einen erheblichen Bedarf an Energie, Wasser, Flächen, Infrastruktur, Maschinen und Gebäuden. Die Forderungen dieser Initiative werden die zur Verfügung stehenden Ressourcen verringern und verteuern. Das hat zwei Auswirkungen: Höhere Produktionskosten und eine geringere Effizienz der Produktionsaktivitäten.

Folgende Annahmen lassen sich treffen³:

- Einen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktionskosten (Energie, Dünge-, Pflanzenschutz- und Futtermittel, Maschinen, Bauten) **um 50 Prozent**.
- Einen Anstieg der Kosten für die Lebensmittelverarbeitung und den Lebensmittelhandel (Energie, Verpackung, Transport, Lagerung usw.) **um 50 Prozent**.
- Ein Effizienzverlust in der landwirtschaftlichen Produktion (Ertrag pro Hektar, längere Mastdauer usw.) **von mehr als 40 Prozent**.

¹ [FF 2024 109 - Botschaft zur UVJ](#)

² [EBP & Treeze Studie \(2022\)](#)

³ Schätzungen des Schweizer Bauernverbands

- Ein Effizienzverlust in der Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung von 20 Prozent.

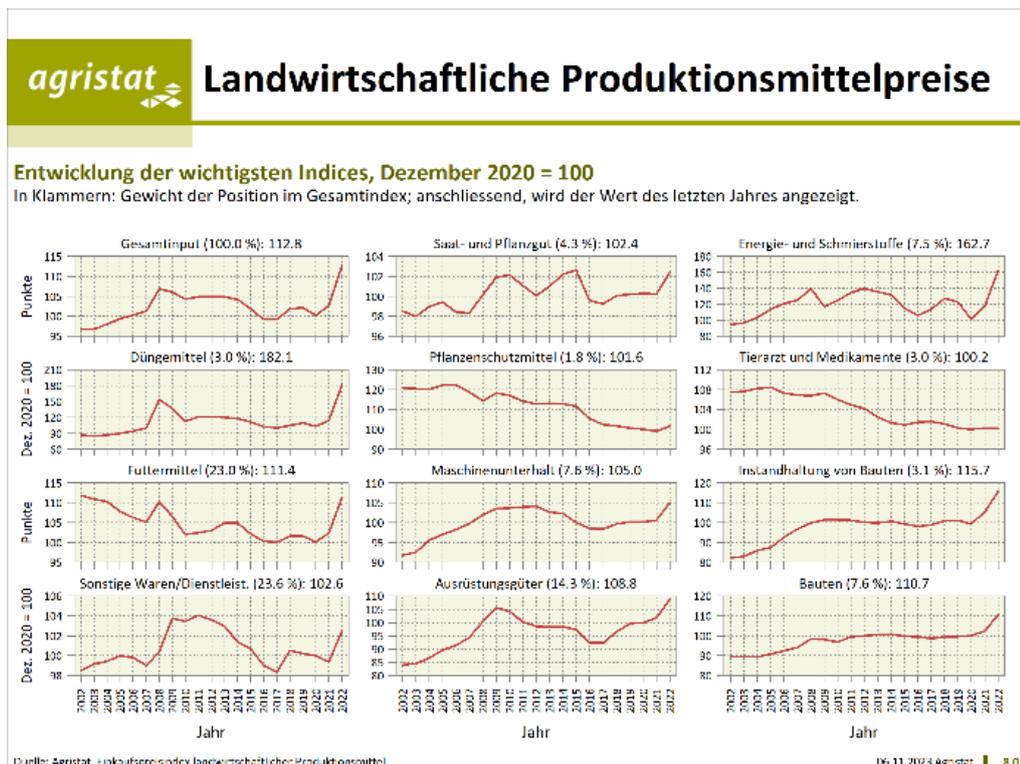
Die untenstehenden Grafiken zeigen, wie empfindlich die Kosten auf die Höhe der Inputs in der Landwirtschaft reagieren. Der Ukrainekrieg führte zwischen 2021 und 2022 bei einigen Produkten zu einem Anstieg des Index um 13 Punkte und mehr. Wird die Initiative angenommen, führt dies mindestens zu einer Erhöhung um 50 Punkte. Gleichzeitig wurde nachgewiesen, dass der Bio-Anbau zu Ertragseinbußen führt⁴. Die Forderungen der Initiative gehen über die Bio-Anforderungen hinaus, insbesondere indem sie den Einsatz von nicht erneuerbaren Betriebsmitteln wie Kupfer, Schwefel usw. sanktionieren.

All diese Faktoren führen dazu, dass die Lebensmittelpreise sich verdoppeln würden. Bei unverarbeiteten Lebensmitteln könnten die Verbraucherpreise sogar um das 2,5-fache steigen.

Beispiel

10 Schweizer Eier aus Bodenhaltung 53g: 4.10 CHF (Coop, Preis am 20.12.2024).

➔ Potenzieller Preis bei Annahme der Initiative: mind. 10.20 CHF



⁴ <https://www.bioaktuell.ch/grundlagen/oekonomie/bio-produktionskosten-ertraege-und-preise> et <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-84937.html> (aufgerufen am 27.12.24)

2) Treibstoffpreise

Mit Annahme der Initiative wäre eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 10 Jahren um rund 90 % erforderlich, was ebenso eine Verringerung des Benzinverbrauchs um rund 90 % bedingt, da der Benzinverbrauch direkt mit den Emissionen korreliert.

Studien zufolge ([Filippini & Heimsch 2016](#), [Baranzini & Weber 2013](#), [Erath & Axhausen 2010](#)) bewegt sich die Preiselastizität der Nachfrage nach Benzin im Bereich von -0,1 und -0,3. Um den Benzinverbrauch um 90 % zu senken, müsste der Benzinpreis demnach um 300–900 % steigen. Die Preiselastizität hängt dabei ab vom Preisniveau bzw. der Dauerhaftigkeit des Preisniveaus. Dabei zeigt sich, dass die Preiselastizität bei steigenden Preisen abnimmt – also höhere Preissteigerungen nötig wären, um den Konsum zu senken. Aufgrund der relativ unelastischen Nachfrage wären substantielle Preissteigerungen nötig, um den Verbrauch um 90 % zu reduzieren.

Einschränkungen dieser Annahmen ergeben sich aus der Tatsache, dass die verwendeten Elastizitätswerte Durchschnittswerte darstellen und individuelle Unterschiede sowie abnehmende Elastizität bei sehr hohen Preisen nicht berücksichtigen. Technologische Entwicklungen oder flankierende Massnahmen wie Subventionen könnten die Nachfrage unabhängig vom Preis beeinflussen. Effizientere Fahrzeuge oder alternative Kraftstoffe könnten Emissionen zusätzlich reduzieren.

Beispiel

Benzin 95: 1.73 CHF/l (TCS, Preis am 20.12.2024)

→ Potenzieller Preis bei Annahme der Initiative: mind. 6.92 CHF/l